



Bedarfsgerecht im Pool

Die neue Freiheit

Was sich die meisten vor 2 Jahren, als die Neuauflage der Standortvereinbarung verabschiedet wurde, nicht vorstellen konnten ist eingetreten. Hunderte von Kolleginnen und Kollegen aus allen Hierarchieebenen werden in den nächsten Wochen und Monaten in die sogenannte Abteilung „Bedarfsgerechte Einsätze“ – im Volksmund auch Pool genannt – versetzt. Da dies in fast allen Werken geschieht, werden zum ersten Mal in der Geschichte der Bayer AG MitarbeiterInnen „freigesetzt“, ohne zu wissen wie ihre konkrete berufliche Zukunft aussieht. Das gilt sowohl für die Tätigkeit als auch den Einsatzort, die Eingruppierung und die langfristige Bezahlung. In Elberfeld sind die ersten zum 1. April betroffen, was leider kein Aprilscherz war, weitere Stichtage sind 1.5. und 1.7.03.

Fragen, Sorgen und Frust

Spätestens im Sommer wird nach Aussagen von Vorstandsmitglied Pott dieser Pool so gefüllt sein, dass für ca. 150 Kolleginnen und Kollegen

bayerweit kein Einsatzort in Sicht ist. Besonders die hochqualifizierten MitarbeiterInnen aus dem wissenschaftlichen Bereich bereiten der Personalabteilung Sorgen. Vielleicht rührt daher der Druck, der zunehmend auf Mitarbeiter ausgeübt wird, sich auf alle möglichen Stellen und besonders „außerhalb“ zu bewerben. Wenn Laboranten vorgeworfen wird sich nicht auf eine Stelle beworben zu haben, die eine Ausbildung und langjährige Berufserfahrung als Industriekaufmann erfordert, wird es schon merkwürdig. Unsinnige Bewerbungen steigern den Frust auf allen Seiten und sind ein kurzfristiges Arbeitsbeschaffungsprogramm an der falschen Stelle.

Stimmung auf dem Nullpunkt

Die Stimmung ist aber auch bei vielen „Noch-nicht-Freigestellten“ auf dem absoluten Nullpunkt. Viele träumen von einer anderen Perspektive, einige können sie sich erfüllen. Die Politik und die Fluktuation des Managements – „flankiert“ mit dem Wegfall der VEKT und den Vorstößen des Gesamtbetriebsrats Gipperich zu einer neuen

Verzichtsrunde - sorgen für eine nie da gewesene Verunsicherung und Wut.

Die Belegschaftsliste vertritt die Auffassung,

⇒ dass der Pool "bedarfsgerechte Einsätze" eine schlechte Lösung ist und eigentlich abgeschafft werden muss.

Da der Pool derzeit von uns nicht zu verhindern ist, meinen wir,

⇒ dass KollegInnen mit hoher Schutzwürdigkeit und besonderer sozialer Betroffenheit nicht in den Pool gehören.

⇒ dass die Fluktuation verfolgt und Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen erfolgen muss.

⇒ dass das Angebot zur Arbeitszeitverkürzung und die entsprechenden Lohneinbußen von KollegInnen dazu führen müssen, dass Mitarbeiter von den Freistellungslisten gestrichen werden.

⇒ dass, wenn die Arbeit nicht wie angekündigt wegfällt, auch die dazugehörigen festen Stellen erhalten bleiben müssen.

⇒ dass der in Einzelfällen ausgeübte Druck auf Mitarbeiter aufhören muss. Die psychische Belastung und damit einher gehende Erkrankungen nehmen rasant zu.

⇒ dass auch für die in den Abteilungen verbleibenden Mitarbeiter geprüft werden muss, ob der Arbeitsdruck durch den Weggang der KollegInnen nicht ins Unermessliche steigt.

Angesichts der Angriffe, die auch durch die Regierungspolitik auf uns zukommen, müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, z.B. was Freistellungslisten, strategische Entscheidungen des Unternehmens und Widerstand anbetrifft.

Der Betriebsrat muss als Arbeitnehmervertretung noch deutlich besser werden.



Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigungssicherung

Es war eine lange Geburt, nun ist sie beschlossen. Ab dem 1. April haben alle TarifmitarbeiterInnen des Laborbereiches von PH-R AI ihre Arbeitszeit um 4 % reduziert. Mit diesem so entstehenden Arbeitszeitvolumen sollten MitarbeiterInnen von der Freistellungsliste der Abteilung gerettet und eine Weiterbeschäftigung ermöglicht werden. Dies ist – zum Teil – gelungen.

Es ist ein solidarisches Zeichen, wenn Beschäftigte auf Arbeitszeit und somit auch auf Entgelt verzichten, um damit KollegInnen zu helfen. Richtig ist, dass für 2 KollegInnen von der Freistellungsliste der Abteilung eine Weiterbeschäftigung bei AI für die Laufzeit der Vereinbarung bis Ende 2004 erreicht wurde. Für 2 weitere KollegInnen fiel die von der Abteilung vorgesehene drastische Arbeitszeitreduzierung nunmehr geringer aus.

Die von der Arbeitszeitverkürzung partizipierenden 2 KollegInnen werden dennoch in den Beschäftigungspool „bedarfsgerechte Einsätze“ versetzt. Lediglich ihr Einsatz bis Ende 2004

in der Abteilung AI wird ihnen garantiert.

Sicher hilft es den 4 jetzt „aufgefangenen“ KollegInnen erst einmal weiter. Versprochen hatten wir uns von der Idee doch etwas mehr. Für noch weitere Beschäftigte der Abteilung AI, die noch unversorgt auf der Freistellungsliste stehen, wird mit der abgeschlossenen Vereinbarung ein Verbleiben in AI ausgeschlossen.

Die Starrköpfigkeit von Personalabteilung und Forschungsleitung hat wohl weitergehende Vorschläge verhindert.

Weltschutzel ?



GBV zur Intra- und Internetnutzung wird in Leverkusen diskutiert

Seit Jahren fordern wir eine Betriebsvereinbarung zur Nutzung des Inter- und Intranets. Wir hatten einen Entwurf in den Betriebsrat eingebracht, der auch nach Leverkusen weitergegeben wurde. Dann war jahrelang Funkstille. Jetzt haben wir erfahren, dass in Leverkusen wird an einer Gesamtbetriebsvereinbarung gebastelt wird. Allerdings ist bei uns offiziell noch nichts bekannt. Es wird wohl das übliche werden, wir erfahren erst etwas, wenn es im BNC veröffentlicht wird. Dabei ist der Entwurf des Gesamtbetriebsrates sehr dürftig und sanktioniert nur schriftlich die schon heute vom Betriebsrat akzeptierte Vorgehensweise der Bayer AG. Von unserem Entwurf ist nichts wiederzuerkennen. Einige Beispiele aus unserem Vorschlag:

- Der Benutzer ist befugt, das Inter- bzw. Intranet zu privaten Zwecken zu nutzen.
- Die Befugnis beschränkt sich auf die Pausenzeiten.
- Zur privaten Nutzung des E-Mail-Dienstes erhält der Benutzer eine eigenständige Benutzerkennung.
- Die unternehmensinternen Aktivitäten der Benutzer (Intranet-Nutzung) werden nicht protokolliert.
- Die protokollierten Daten werden ausschließlich zum Zweck der verursachungsgerechten Abrechnung der Nutzung des Internets sowie zur Aufklärung einer missbräuchlichen Nutzung verwendet.
- Die Protokolldateien werden nach zwei Monaten automatisch gelöscht.

Gibt es eigentlich Geschenke, die man auch ablehnen kann?

Am 17. März war in der Rheinischen Post vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Erhard Gipperich zu lesen, der auf der Feier der Jubilare dem Unternehmen einige unmissverständliche Angebote machte.

Zur Stärkung der Finanzkraft des Unternehmens stellte sich der Gesamtbetriebsratsvorsitzende vor, dass alle Arbeitnehmer auch ihr Urlaubsgeld und ihre vermögenswirksamen Leistungen einbringen könnten. Auch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich müsse im Vergleich zum evtl. drohenden Verlust des Arbeitsplatzes

tragbar sein. In diesem Sinne müssten von den Betriebsräten bei Verhandlungen über eine neue Standortsicherung „intelligente Lösungen“ gesucht werden.

Gipperich's Äußerungen waren wohl nicht mit all seinen Betriebsratskollegen abgestimmt. Auf der Konferenz der Betriebsräte der Bayer AG am 20. März 2003 wurden seine Einsparsignale an die Bayer AG zum Teil heftig kritisiert. Dies führte aber bislang nicht dazu, dass der Gesamtbetriebsrat eine Klar- oder Richtigstellung veröffentlichte.

So bleibt die Befürchtung, dass die Vorstellungen des Herrn Gipperich tatsächlich zum Verhandlungsgegenstand werden.

Es hätte uns nicht verwundert, wenn ein Unternehmensvertreter dererlei Ideen verkündet. Wenn ein gewählter Arbeitnehmervertreter aber dem Unternehmen aufzeigt, wo noch weitere Abzüge im Einkommen der Beschäftigten zum Wohle des Unternehmens umzusetzen sind, wird es höchste Zeit, dass er sich von seiner Position verabschiedet.

Betriebsräte der Belegschaftsliste: V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;
Gonda Dörschelln, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2816
Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb.54, Tel. 7543
Björn Reitz, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2765
Beatrix Sasermann, PH-R EU SID, Geb. 459, Tel. 4284

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546
Gabi Stallony, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519
Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB Betr. 2/4 ,Geb 9, Tel. 2567
Erste Ersatzmitglieder:
Ulrich Franz, PH-R EU CF, Geb. 455, Tel. 4475
Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Das Ruck-Gespenst geht um

Der Kanzler hat gesprochen, doch den erwarteten Ruck, der die Menschen motivieren sollte, hat wohl niemand gespürt. Ein Ruck ist allerdings durch die Bundesregierung und ihre Parteien gegangen. Die soziale Schieflage der angekündigten Sparmaßnahmen, als „Reform“ verkleidet, ist unübersehbar. Inzwischen überbieten sich die Parteien im sozialen Kahlschlag.

Gleichzeitig wurde von Parteien und Unternehmerverbänden eine Kampagne gegen Gewerkschaften und Beschäftigte initiiert, die es so in der Geschichte der BRD schon lange nicht mehr gegeben hatte.

Die Marschrichtung des Kanzlers und seiner regierenden Parteien ist eindeutig: die Arbeit muss viel billiger und flexibler werden. So sollen Tarifverträge Öffnungsklauseln erhalten, damit einzelne Betriebe von den Bestimmungen des Tarifvertrages mit Zustimmung des Betriebsrates abweichen können. Die IG BCE wird damit kein Problem haben und die IG BCE-Betriebsräte auch nicht, wie wir inzwischen des öfteren erfahren mussten. Falls die Gewerkschaften hier nicht freiwillig mitmachen, soll ein Gesetz in die Tarifautonomie eingreifen.

Ruck

Die uralte Lüge, wer arbeiten will findet auch Arbeit wird jetzt vom Kanzler als Regierungsziel proklamiert. Da also jeder Arbeit finden kann, soll die Bezugsdauer des Ar-

beitslosengeldes auf 12 Monate begrenzt werden, für ältere "Faulenzer" auf 18 Monate. Eine Übergangsfrist von 3 Jahren wurde vorgeschlagen. Damit würden sogenannte sozialverträgliche Personalabbaumaßnahmen wie Frühruhestand für die Unternehmen teurer werden oder die Betroffenen bekommen weniger Geld, letzteres ist realistischer. Da Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt werden, muss zukünftig die Bedürftigkeit, die auch noch verschärft werden soll, nachgewiesen werden. Damit würden viele Betroffene gezwungen, erst mal ihre Ersparnisse zu verputzen, die sie sich für ihr Alter, wie von der Regierung propagiert, angespart haben. Ausserdem würden alle älteren Arbeitslosen, die vom Arbeitsamt

als nicht mehr vermittelbar eingestuft werden, in die Sozialhilfe abgeschoben und dann aus der Arbeitslosenstatistik rausfallen. Die vom Kanzler versprochene Halbierung der Arbeitslosigkeit kommt in greifbare Nähe.



Zuck

Auch mit Verschlechterungen im Arbeitsrecht (z.B. die Änderungen zum Kündigungsschutz) sollen Arbeitsplätze schaffen. Diese Lüge, alle paar Jahre wieder neu aufgelegt, wird damit auch nicht zur Wahrheit. So hat schon die Kohlregierung am Kündigungsschutz gedreht - mehr Arbeitsplätze hat es nicht gebracht.

Der Kanzler hat schmerzhaft Einschnitte in die Sozialsysteme angekündigt und dabei dürfe es keine Tabus geben. Begründet wird dies mit der Rettung des Sozialstaates. Hier wird so getan als wäre der Abbau, auch Reform genannt, ein Naturgesetz und nicht durch seine Politik verursacht.

Ruck

Täglich werden neue Hiobsbotschaften in die Öffentlichkeit gestreut. Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die Kranken die Zeche zahlen sollen, damit die Arbeitgeber von den Lohnnebenkosten entlastet werden. So soll als

Vorschlag das Krankengeld durch eine Zusatzversicherung von den Arbeitnehmern alleine finanziert werden. Der Hausarzt als zentrale Anlaufstelle soll wieder eingeführt werden. Gleichzeitig wird ein „Eintrittsgeld“ beim Arzt diskutiert.

VEKT – Nee ...

Die Nachricht Mitte März sorgte nicht gerade für Verzückungen: Der Brutto-Cash-Flow-Wert der Bayer AG wurde auf 350 Mio. EUR errechnet und dies bedeutet in Anwendung der Gesamtbetriebsvereinbarung, dass Bayer keine übertarifliche VEKT zahlen muss.

Die als monatliche Vorauszahlung geflossenen VEKT-Zahlungen müssen aber auch nicht zurück gezahlt werden. Im Vergleich völlig leer gehen dabei alle Mitarbeiterinnen aus, die erst seit dem vergangenen Jahr zur Bayer-Belegschaft zählen (Einstellungen oder übernommene Auszubildete) und keine Vorauszahlungen erhielten.

Ab April 2003 sind alle Vorauszahlungen gestoppt. Erst wenn im März/April 2004 die Daten für das Geschäftsjahr 2003 der Bayer AG vorliegen und danach der Brutto-Cash-Flow-Wert wieder eine VEKT-Zahlung ergibt, dann wird für das Jahr 2003 eine

VEKT in Anlehnung an die persönliche Beurteilung „nachgewährt“.

Heftiger Verlust

Mit der Kappung der VEKT-Vorauszahlungen ab April verlieren einzelne MitarbeiterInnen auch bis zu 4000 Euro im Jahr. Dies trifft manche KollegInnen um so härter, wenn sie gleichzeitig in Folge von „Rebound-Auswirkungen“ auch noch auf minderqualifizierte Arbeitsplätze vermittelt werden und langfristige Veränderungen mit zusätzlicher Lohneinbuße zu befürchten sind.

Dass die Leitenden Mitarbeiter gleichzeitig ein 25% Budget für ihre VEK erhalten, war für die TarifmitarbeiterInnen nicht gerade eine Motivationsverbesserung. Auch wenn wir fairerweise ergänzen müssen, dass die Leitenden in den vergangenen Jahren kaum Steigerungen erfahren haben, so „jammern“ sie doch auf einem erheblich höheren Niveau.

Zuck

Insgesamt hat sich diese Regierung entgegen ihrer Wahlversprechen ganz der neoliberalen Wirtschaftspolitik angeschlossen. Länder, die diesen Kurs voll durchgezogen haben, sind im Chaos versunken. Diese Politik verschärft die Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen werden entlastet, die Armen werden zur Kasse gebeten. Der Kanzler meint, alle seine angekündigten Maßnahmen sind ohne Alternative und deshalb braucht er auch nicht mehr mit den gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere mit den Betroffenen, darüber zu reden. Diese Argumentation wird inzwischen überall angewendet, wir kennen sie von den Bayer-Vorständen.

Ruck-Zuck

Wir sagen: jetzt reden wir mit dem Kanzler:

Schicken Sie Ihr Protestmail an den Kanzler und den Supersparminister Clement, Vordruck auf unserer Homepage: www.belegschaftsliste.de.

Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Seit fast einem Jahr haben sich Ärztliche Abteilung, Arbeitssicherheit, Sozialberatung und Betriebsrat mit Unterstützung der Werksleitung dem verstärkten prophylaktischen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz verschrieben. Erster Schwerpunkt ist hier der Schutz der Nichtraucher.

Nichtraucherschutz

Die erschreckende Erkenntnis, dass immer mehr Jugendliche zur Zigarette greifen, die Zahlen der Weltgesundheitsorganisation WHO (wonach jährlich über 4 Millionen Menschen an den Folgen des Rauchens sterben) und die gesetzliche Neuregelung in der Arbeitsstättenverordnung machten dieses Thema aktuell.

Klar war von Anfang an, dass ein generelles Rauchverbot nicht gewollt war. Bauliche, organisatorische und sonstige Veränderungen, die ein weiteres Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern ermöglicht, sowie Information und Angebote zur Raucherentwöhnung sind das Ziel.

Durch eine gezielte Umfrage, an der sich über 700 Beschäftigte beteiligt haben, wurden schnell unterschiedliche betriebliche Schwerpunkte deutlich. Hier soll konkret in Gesprächen mit Vorgesetzten, Sicherheitsbeauftragten und Vertrauensleuten nach Möglichkeiten gesucht werden, wie bei Besprechungen und Schulungen, in Büros usw. Raucher zu ihrer Zigarette kommen und die Nichtraucher davor geschützt werden können. Wunsch vieler Teilnehmer an der Umfrage war u.a. ein Rauchverbot in den Kantinen, Umkleieräumen, auf Fluren und Toiletten.

Am 2. und 9. April wurden die Ergebnisse der Umfrage im Kantinenbereich vorgestellt. Unter Beteiligung der Auszubildenden, die im letzten Jahr zum Thema Nichtraucherschutz Preisträger im RC-Wettbewerb wurden, gab es Informationen und Angebote zur Raucherentwöhnung.

Stress und Mobbing

Ein großes betriebliches Problem, das sich in den letzten Monaten offen in allen Bereichen darstellt: Kolleginnen und Kollegen, die mit den immer größer werdenden Anforderungen am Arbeitsplatz nicht mehr klar kommen oder sich von

Vorgesetzten oder Mitarbeitern gemobbt fühlen. Durch den momentanen Personalabbau hat sich diese Entwicklung leider beschleunigt und verstärkt.



gesetzt wurden, in dieser schwierigen Phase des Arbeitslebens Hilfe anzubieten. In vielen Fällen hat man eher den Eindruck, dass den vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Beschäftigten das Leben hier in Elberfeld so vermiest werden soll, bis sie das Arbeitsamt oder irgendeinen anderen Job außerhalb des Forschungszentrums als „die Lösung“ vorziehen. Da ist die Betreuung und Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, bei der Bewerbung etc. eher die positive Ausnahme.

Hilfe ...

Die Ärztliche Abteilung hilft natürlich, wenn Betroffene mit Schlafstörungen, Bluthochdruck, Magenproblemen usw. bis hin zum nervlichen Zusammenbruch auf der Matte stehen.

Günstiger wäre es, wenn die Ursachen minimiert oder beseitigt würden. Dazu gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von externen Untersuchungen und Vorschlägen.

Klar ist, dass ein betrieblicher Arbeitskreis mit der Thematisierung von Stress am Arbeitsplatz nicht Friede, Freude, Eierkuchen bedeuten kann. Dazu müssten Rahmenbedingungen wie Arbeitsplatzsicherheit, finanzielle Sicherheit, usw. positiv gestaltet werden. Und dass ist Unternehmensaufgabe.

Es wird aber trotzdem wichtig sein, Vorgesetzte und Mitarbeiter zu sensibilisieren. Oft hilft von Stress oder Mobbing Betroffenen ein erstes Gespräch - und das Wissen, hier ist jemand, dem ich vertrauen kann und der mir helfen möchte.

Ist es offensichtlich, dass Vorgesetzte oder Mitarbeiter einzelne Personen bewusst stressen oder gar mobben, so sollte jeder einschreiten. Organisatorische oder disziplinarische Maßnahmen am Arbeitsplatz müssen dann in Absprache erfolgen, da sonst keine nachhaltige Verbesserung zu erwarten ist.

Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze!

Der DGB und die Arbeitgeberverbände sind sich einig: fehlten im letzten Jahr bereits bis zu 200.000 Ausbildungsplätze, so wird die Situation in 2003 für die Schulabgänger noch einmal verschlechtert. Der Arbeitgeberpräsident Hundt rechnet mit einem bis um 10% geringeren Ausbildungsplatzangebot und gleichzeitig größerer Nachfrage

Für Nordrhein-Westfalen wird mit 25.000 fehlenden Ausbildungsplätzen in diesem Jahr gerechnet. Industrie und Handwerk können oder wollen ihrer gesellschaftspolitischen Verpflichtung nicht mehr nachkommen.

In Wuppertal sieht die Situation nicht besser aus. Aus diesem Grund haben Unternehmen wie die Wuppertaler Stadtwerke für dieses Jahr mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt.

Die seit Jahren festgeschriebenen 800 Ausbildungsplätze für die Bayer AG müssen unter diesen Rahmenbedingungen erhöht werden.

Der Betriebsrat Elberfeld hat deshalb auf Initiative der Belegschaftsliste einstimmig die Bayer AG aufgefordert, für das kommende Ausbildungsjahr deutlich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.



Riester- Rente und Pensionskasse

Mitte März erreichte alle Beschäftigte bei Bayer und Mitglieder in der Bayer-Pensionskasse eine Sammlung an Formularen und eine Info-Broschüre. So mancher stand etwas hilflos da: Was bedeuten und bewirken diese Anträge? Können wir sie einfach weglegen? Genau dies sollten Sie nicht machen, wenn Sie die möglichen staatlichen Zuschüsse auch bekommen wollen.

Hintergrund

Mit dem Rentenreformgesetz hat die Bundesregierung die schrittweise Absenkung der staatlichen Renten und gleichzeitig die mögliche Aufbesserung durch private Vorsorge manifestiert. Der damalige Arbeitsminister Riester gab dem Modell der privaten Altersvorsorge mit staatlichen Zuschussbeträgen seinen Namen: die Riester-Rente.

Die Bayer-Pensionskasse hat – wie viele andere Versicherungsunternehmen auch – die Anerkennung als "Riester-fähige" Altersvorsorgekasse bekommen. Dies bedeutet für alle noch einzahlenden Mitglieder der Pensionskasse, dass für die geleisteten Beiträge auch staatliche Zuschüsse beantragt werden können.

Staatliche Zuschüsse müssen für jedes Kalenderjahr neu beantragt werden. Dabei können Sie auch jährlich neu entscheiden, für welche Beiträge bzw. welchen Vertrag Sie Zuschüsse beantragen möchten. Auch wenn Sie die Beantragung der Zuschüsse für 2002 noch bis zum 31.12.2004 einreichen können, sollten Sie nicht so lange warten. Denn je früher die beantragten Zuschüsse ihrem Rentenkonto (bei der Bayer- Altersvorsorge) zugebucht werden, desto günstiger macht sich dies auch zinslich bemerkbar.

Auch ein nicht erwerbstätiger Ehepartner kann Zuschüsse bekommen, wenn ein entsprechender Versicherungsvertrag - auch für "kleines Geld" - abgeschlossen wird. Hierfür gelten verschiedene Mindestbeiträge, siehe untenstehende Tabelle.

Ein Vertrag muss spätestens in dem Jahr, für das Zulagen beantragt wer-

den, abgeschlossen sein und die Zahlungen müssen im selben Jahr erfolgt sein. Ein nachträglicher Abschluss funktioniert nicht.

Versteuerung

Vorweg: es ist **nicht** richtig, dass mit einmaliger Beantragung von Zuschüssen der Riester-Rente fortan die gesamte Penka-Rente voll besteuert wird.

Aber es wäre keine deutsche Steuergesetzgebung, wenn die Antwort einfach mit einem Satz zu erklären wäre. Ab dem 1.1.2002 gilt das neue Altersvermögensgesetz. Dies besagt



in Bezug auf die Pensionskasse, dass die Arbeitgeberbeiträge ab Jan. 2002 steuerfrei sind (und zwar bis zu einer Höchstgrenze von 4% der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung). Der auf diese nach dem 1.1.2002 entstandenen Penka- Beiträge entfallende Teil der späteren Rente wird dann bei Rentenbezug voll versteuert.

Wenn ein Arbeitnehmer nun ab dem Jahr 2002 und folgende staatliche Zulagen beantragt und den steuerlichen Sonderabgabenabzug in seiner Lohn- oder Einkommensteuererklärung nutzt, so wird auch die aus diesem Anteil seiner Beiträge des Jahres 2002 entstehende Rente bei Rentenbezug versteuert. Gleiches gilt auch für die erhaltenen Zuschüsse. Dies ist aber bei Tarifmitarbeitern in

der Regel weniger als der jetzt entstehende steuerliche Vorteil inklusive Zuschüsse.

Genauere Angaben für Ihren Einzelfall kann verbindlich nur ein Steuerberater machen.

Bisherige Penka-Beiträge bleiben unangetastet

Die bis zum 31.12.2001 eingezahlten Penka-Beiträge und die daraus entstandene Anwartschaft ist von diesen Neuregelungen definitiv **nicht** betroffen. Hier handelt es sich um sogenannte "Leibrenten", die nur mit einem so genannten Ertragsanteil zu versteuern sind. Wer also keine Zuschüsse nach Riester für seine Pensionskassenbeiträge beantragt, wird dies auch weiterhin für den Teil seiner Pensionskassenbeiträge beibehalten können (für die Arbeitgeberbeiträge gilt die neue Regelung ab 1.1.2002 zwingend).

Resümee:

Nach unserer Auffassung bleibt die Beantragung der

Riester-Förderung und die Nutzung des Sonderabgabenabzuges für die Tarifmitarbeiter bei Bayer empfehlenswert.

Wer es sich leisten kann und weitere Beiträge für seine Altersvorsorge außerhalb der Pensionskasse anlegen möchte und dafür die Riester-Zuschussregeln beanspruchen möchte, sollte sich (vorher) von Steuerrechtskundigen beraten lassen.

Weitere Informationen rund um das Thema Rente finden Sie auch auf unserer Homepage unter www.belegschaftsliste.de.

Mindestsparbeiträge für staatliche Zuschüsse a la Riester

in Euro	ohne Kinder	1 Kind	2 oder mehr Kinder
2002 bis 2004	45 €	38 €	30 €
ab 2005	90 €	75 €	60 €

Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.

**Unsere Konto-Nr.: 4760625,
Commerzbank Wpt.,BLZ
33040001, Kennwort :
Hochwald/Belegschaftsliste**

Eine andere Welt ist möglich

Während sich Ende Januar in Davos die Wirtschaftsspitzen trafen, kamen im brasilianischen Porto Alegre 100.000 Menschen aus 156 Ländern zusammen, um Alternativen zur bestehenden Welt- und Wirtschaftsordnung zu diskutieren.

Kein Krieg!

Das war das Hauptmotto, hinter das sich einhellig alle TeilnehmerInnen gestellt hatten. Darüber hinaus standen u.a. die Themen Freihandel, die Privatisierung und ihre katastrophalen Folgen für Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung, Umwelt, Arbeitnehmerrechte und multinationale Konzerne auf der Tagesordnung. Die Belegschaftsliste und der Chemie-

kreis waren wie in den Jahren zuvor durch Beatrix Sassermaun auf dem Forum vertreten. Mittels einer Direktübertragung wurden wie im Vorjahr die Aufbruchstimmung und Informationen aus anderen Teilen der Welt nach Deutschland übermittelt.

GATS – schon mal gehört?

Wenn zur Zeit die Sozialversicherungen (Rente, Gesundheit, Bildung) und weitere Dienstleistungen "reformiert", genauer gesagt demontiert werden, hat das weniger mit einer angeblichen Kostenexplosion als mit GATS zu tun. Dieses Abkommen innerhalb der WTO (Welthandelsorganisation) sieht die Privatisierung von Dienstleistungen vor. Wenn also von mehr Eigenverant-

wortung bei Rente und Gesundheitswesen die Rede ist, bedeutet dies in erster Linie, dass privaten Anbietern von Dienstleistungen neue Marktanteile angeboten werden. Während vorher die Wasser-, Gesundheits- und Altersversorgung als soziales Grundrecht betrachtet wurden, werden sie durch GATS (General Agreement on Trade related Services) zu einer Ware, die der Profiterwirtschaftung durch Versicherungsunternehmen und Banken dienen und entsprechend der Finanzkraft der "Kunden" gekauft werden müssen. Gleichzeitig werden durch die größere "Eigenverantwortung" der Versicherten die Lohnnebenkosten für Unternehmen gesenkt. Die Einnahmeausfälle müssen durch die Arbeitnehmer allein aufgebracht werden oder machen sich als Leistungsausfall schmerzlich bemerkbar. In den Entwicklungsländern haben diese und andere Programme zu einer katastrophalen Verelendung geführt. Aber auch in unseren Breitengraden sind Altersarmut, Zweiklassenmedizin und Elite-Bildung wieder auf der Tagesordnung.

Aus diesen Gründen reihen wir uns ein in die wachsende Zahl derer, die diese Entwicklung nicht mehr widerspruchslos hinnehmen und beteiligen uns an den Sozialforen, die diese Probleme zum Thema haben und eine andere Welt möglich machen wollen.

Wer Interesse am Wuppertaler Sozialforum hat, wende sich an Ulrich Franz (0202-2741575).



Thema der Veranstaltung des Wuppertaler Sozialforums war der Zusammenhang zwischen den von Unternehmen und einigen Regierungen ausgehandelten Abkommen über GATS. GATS führt zur Privatisierung von Bildung, Wasserversorgung etc.. In Wuppertal führten diese Mechanismen u.a. zum Verkauf der Müllverbrennungsanlage an einen US-amerikanischen Investor, bei gleichzeitigen garantierten Zahlungen an diesen. Experten wie Prof. Maria Mies, Ralf Bindel und Eltern und GEW- Vertreter stellten den Hintergrund dar. Viele der über hundert Teilnehmer diskutierten kompetent mit.

Diskutiert auf der Veranstaltung am 2.4.03 im Barmer Rathaus (Bild oben) wurde auch der Ausverkauf der Wuppertaler Schulen. Hierzu wurde das derzeit laufende Bürgerbegehren erläutert, dass auch in Internet unter www.gelbeschule.de nachzulesen ist. Unterschriftenblätter sind auch bei den Belegschaftslisten- Betriebsräten zu bekommen.



Stoppt den Angriff auf den Irak!

- Keine deutsche Beihilfe zum Krieg -

Gegen die Mehrheit der Meinung der Weltbevölkerung und trotz internationaler Proteste haben u.a. die Regierungen der USA, Großbritanniens, Spaniens den Krieg gegen die irakische Bevölkerung begonnen.

Angeblich geht es um die Einführung von Demokratie und um die Zerstörung von Massenvernichtungswaffen. Doch Demokratie lässt sich nicht herbeibomben und Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak kamen bisher nicht auf den Tisch. Tatsächlich geht es u.a. um eine neue Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten, den Zugang zum irakischen Öl und den Test der neuen "Nationalen Sicherheitsstrategie" der USA mit dem Kernpunkt eines sog. "Präventivkrieges".

Der Krieg gegen den Irak ist nur ein weiterer Schritt eines "permanenten Krieges", mit dem westliche Staaten auch ihre Wirtschaftsordnung mit Krieg "verteidigen".

Wir sind empört, dass die Bundesregierung trotz ihrer verbalen und diplomatischen Ablehnung des Irak-Angriffs aktive Beihilfe zum Tod von Tausenden irakischen Zivilisten leistet. Wesentlich für Aufmarsch und Kriegsnachschub sind die Transporte von Deutschland aus, über US-amerikanische, britische und NATO- Militärstützpunkte (v.a. Frankfurt Airbase, Ramstein, Spangdahlem, Geilenkirchen (AWACS), Grafenwöhr, u.a.). Am 19.03.2003 bekräftigte Schröder im Bundestag sogar noch einmal die Überflugsrechte für die US-amerikanischen und britischen Militärflugzeuge.

Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich jede Kriegsunterstützung zu beenden.

Die Bundesregierung ist dazu auch rechtlich verpflichtet (nach Völkerrecht, Grundgesetz (Art. 26.1.), gültigem Zusatzabkommen des NATO-Truppenstatuts und Strafgesetzbuch (§ 80)). Wenn der Luftraum gesperrt wird, kann die Kriegsmaschinerie entscheidend gestört werden.

- **Sofortiger Stopp aller kriegsrelevanten Überflüge**
- **Sofortiger Stopp aller kriegsrelevanten Transporte von Kriegsmaterial und Soldaten**
- **Sofortiger Stopp der deutschen Kriegsunterstützungen wie Bundeswehr-Wachdienst an US-Militärstandorten und medizinische Hilfe für die Angreifer**
- **Sofortiger Abzug der Bundeswehrsoldaten aus den AWACS- Aufklärungsflugzeugen über der Türkei und Abzug der ABC- Abwehreinheiten aus Kuwait**
- **Klare Ablehnung des Präventivkriegskonzeptes, d.h. für die Bundesregierung, dass dieses Konzept nicht militärpolitische Grundlage in Deutschland werden darf, wie es mit den neuen verteidigungs-politischen Richtlinien geplant ist**

Name	Anschrift	Unterschrift

Die Unterschriften können bei der Belegschaftsliste abgegeben werden.
 Unterschriften online unter www.attac.de/frieden .

Das Wuppertaler Friedensbündnis ruft zu folgenden Aktionen auf:

03.05.2003 11:30-12:00 Uhr, Wuppertal, Poststr/Schöne Gasse, Menschenkreuz
07.06.2003 11:30-12:00 Uhr, Wuppertal, Poststr/Schöne Gasse, Menschenkreuz

Am 12.4.03 findet ein bundesweiter Aktionstag gegen den Irakkrieg statt.

Von Wuppertal soll ein Bus nach Berlin zur zentralen Demo fahren, nähere Informationen können Sie unter www.polog.de erfahren, der Homepage des Wuppertaler Friedensbündnisses.